



Das erweiterte Europa



Editorial

Die EU-Erweiterung ist für uns die historische Chance, auf unserem lange Zeit getrennten Kontinent den Frieden zu sichern und gemeinsam eine aussichtsreiche Zukunft aufzubauen.

Sie ist aber auch eine Herausforderung mit Gewinnchance, wenn es uns gelingt, dieses neue Europa seinen Bürgern näher zu bringen und die Europäer in diesem weitreichenden Projekt einzubinden. Das ist die wichtigste Lehre aus der Generalversammlung der Europäischen Regionen, die Ende November 2003 in Poznan, in der Region Wielkopolska PL, stattgefunden hat.

Der Erfolg der Erweiterung wird von der Unterstützung der Menschen abhängen, sowohl in den neuen als auch in den bisherigen Mitgliedsstaaten. Die Bürger werden diesen Prozess dann unterstützen, wenn sie sichtbar in ihrem Alltagsleben etwas davon haben und in einer grenzenlosen Union ihre Mitbürger erkennen. Deshalb ist es so wichtig, an diesem Wendepunkt Nationen und Völker mit verschiedenen Kulturen und Erfahrungen einander näher zu bringen, und einen neuen Impuls für die Vielfalt und den interkulturellen Dialog zu setzen.

Um dieses Europa zu errichten, genügt es nicht, neue Infrastrukturen und Transportwege zu bauen, so wichtig sie auch für die wirtschaftliche Entwicklung eines so großen Territoriums sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass die EU nicht nur ein großer Markt ist, sondern auch eine Gesellschaft von 455 Mio. Bürgern, die zusammen leben, arbeiten und Projekte für die Zukunft bilden, um Konflikte der Vergangenheit und Stereotypen von heute zu überwinden.

In ihrer neuen Kohäsionspolitik und den übrigen Politiken mit strukturellen Auswirkungen sollte die EU auf der Basis der gemeinsamen Werte im Verfassungsentwurf an der Entwicklung dieser interkulturellen Gesellschaft teilnehmen. Sie wird ihre Unterstützung für die Initiativen erneuern müssen, die durch Kultur- und Ausbildungsprojekte auf den innergemeinschaftlichen und den Austausch mit den neuen EU-Nachbarn abzielen.

In meiner Eigenschaft als Präsidentin der VRE, die ihren eigenen Erweiterungsprozess schon vor dem Fall der Berliner Mauer begonnen hat und heute aus nahezu 250 unterschiedlichen Mitgliedsregionen besteht, kann ich versichern, dass ihr dank des interkulturellen Dialoges und interregionaler Kooperationsprojekte die Einheit in der Vielfalt gelungen ist. <

Liese Prokop

Präsidentin der VRE

Landeshauptmann - Stellvertreterin
von Niederösterreich

Erste Priorität: ein Europa der Bürger aufbauen

DIE ERWEITERUNG IST EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DAS 21. JH. IHR ERFOLG HÄNGT DAVON AB, OB ES UNS GELINGT, DIE BEVÖLKERUNG FÜR DAS GEMEINSCHAFTSPROJEKT ZU GEWINNEN, DIE DEMOKRATISCHEN PROZESSE DAUERHAFT ZU VERANKERN, DIE LOKALE ENTWICKLUNG IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG ANZUKURBELN UND DIE KREATIVITÄT DER JUNGEN GENERATIONEN FÜR ZUKUNFTSWEISENDE POLITISCHE VORHABEN ZU MOBILISIEREN.

Es ist vollbracht. Seit dem 1. Mai zählt die Europäische Union 25 Mitgliedsstaaten und 455 Mio. Bürger. Eine Erweiterung ganz neuen Ausmaßes in der europäischen Geschichte hat stattgefunden, und von nun an werden Malteser, Zyprioten, Litauer, Esten, Letten, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Ungarn und Polen gleichwertige gemeinschaftliche Entscheidungsträger sein. Mit den früheren Mitgliedern zusammen werden sie die schwierige Aufgabe haben, dieser Union neuen Elan geben zu müssen, neue Bezugswerte, im Spannungsfeld von Meinungsverschiedenheiten, einer unsicheren wirtschaftlichen Zukunft und einer wachsenden Europäerbevölkerung.

„Dieses neue Europa kann nicht ohne seine Bevölkerung aufgebaut werden, und noch weniger gegen sie“, unterstrich Robert Collignon, Präsident des wallonischen Parlamentes bei den letzten Generalständen der Regionen Europas. Treffende Analyse. Denn der Erfolg dieser neuen Etappe im europäischen Aufbauwerk wird hauptsächlich von der Unterstützung der Bevölkerung abhängen. Die Menschen sind bereit, den Prozess mitzutragen, jedoch nur, wenn sie darin ein Gesellschaftsprojekt sehen, das ihnen heute und in Zukunft bessere Chancen eröffnet. Dies war die Hauptschlussfolgerung der 6. General-

stände der Europäischen Regionen der VRE, Ende November, in Poznan, in der polnischen Region Wielkopolska, mit 600 Teilnehmern aus 200 europäischen Regionen und 33 Ländern. Alle Delegierten in den Arbeitsgruppen und alle Referenten in der Plenarsitzung haben dies betont. Mehr Gehör für die Forderungen der Bevölkerung und eine größere Anpassung der

Politik an ihre Erwartungen, was wiederum eine Klärung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen voraussetzt, werden entscheidend sein sowohl für die Zukunft



Die Fahne der Union schwebt jetzt über 25 Ländern

der Union als auch für die Beständigkeit der Demokratie in Europa. Zudem müssen die kulturelle Vielfalt und der interkulturelle Dialog gegenüber einem Europa verteidigt werden, das manche als zentralisierend und vereinheitlichend bezeichnen, durch interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die es entscheidend zu fördern gilt.

Foto: Europäisches Parlament

Fortsetzung von Seite 1...

Foto: Jacek Babiel



600 Personen traten in Posen anlässlich der Generalstände der Regionen Europas zusammen

Die Neugestaltung der Politik, mit den Bürgern im Mittelpunkt

„Die Politik muss näher bei den Menschen sein, unterstrich der polnische Premier Leszek Miller. Dies setzt eine Verlagerung der Zuständigkeiten voraus, und dass mehr an die Ebenen unterhalb der Zentralregierung delegiert wird“. Dass diese Aussage von der Nummer zwei eines noch zentralistisch organisierten Staates kommt – trotz jüngster Dezentralisierungsschritte – verleiht ihr nur noch mehr Gewicht. Den Bürger an die Politik heranbringen – dies setzt voraus, dass man ihm die Mittel dazu an die Hand gibt. Wer könnte dies besser als die Lokalpolitiker, die sie informieren und ihre Interessen vertreten und dem Begriff der Demokratie dadurch wieder einen Sinn geben können? Der Verfassungsentwurf des Konvents, erarbeitet unter der Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, bedeutet hier zweifellos einen Fortschritt. „Es ist das erste Mal in der Geschichte des europäischen Aufbauwerkes, dass ein Text ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip zwischen der Union und den Regionen anerkennt, erklärt Peter Straub, Präsident der Kommission für institutionelle Angelegenheiten der VRE (siehe Themen-dossier VRE/Herbst 2003.) Bedenkt man, dass bislang dieses Prinzip nur das Verhältnis zwischen der Union und den Mitgliedstaaten bestimmte, dann erkennt man die Tragweite dieses Fortschrittes.“ Indirekt beinhaltet dieses Dokument, das im Juni von den Staats- und Regierungschefs angenommen werden könnte, dass die Union nicht mehr ein ethnozentriertes Konstrukt sein soll; dass die Regionen ein wesentlicher Bestandteil des Dialogs zwischen der Union und ihren Bürgern sind und dass von der Festigkeit und der Qualität dieses Bindegliedes die Zustimmung der Bevölkerung zu der Entwicklung der zukünftigen europäischen Politik stark abhängen wird.

„Von der Fähigkeit der Politiker und ihrer Parteien, sich mit den Forderungen der Zivilgesellschaft zu identifizieren und sie zu fördern, wird ihr Überleben in diesem Jahrhundert abhängen“, warnt er ebenfalls bei den regionalen Generalständen anwesende amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeremy Rifkin. Alle stimmen darin überein, dass sich mit der Zeit eine demokratische Kluft zwischen den Eliten und den Bürgern aufgetan hat, und dass es dringend an der Zeit

ist, diese Kluft wieder zu schließen. Natürlich ist der fortschreitende Aufbau Europas eine große historische Leistung. Aber er muss noch über die Institutionen hinaus mit Leben erfüllt werden, der Bürger in den Mittelpunkt gerückt werden. Er nimmt teil an den öffentlichen Angelegenheiten, er ist der eigentliche politische Akteur. Er hat dazu die Möglichkeit, das Recht und die Garantie. Nachdem sie sich jedoch schon weit von ihren nationalen Vertretern in Brüssel entfernt fühlen, befürchten viele Europäer, dass sich dort endgültig ein politisches und administratives Machtgefüge etabliert, auf das sie, genau wie auf die Globalisierung der Wirtschaft, vermutlich nur wenig unmittelbaren Einfluss haben. „Die europäischen Institutionen haben heute viele Kompetenzen, was die Bevölkerung in gewissem Maße misstrauisch macht, bestätigt Marek Maciej Siwiec, Staatssekretär im polnischen Staatsministerium. Immer mehr supranationale Organisationen erhalten zusätzliche Kompetenzen. Die Bevölkerung glaubt, dass sie keinerlei Einfluss mehr auf die Politik hat.“

(Neue) Einbeziehung der Bürger in die demokratische Diskussion

Diese Distanz ist nicht unüberwindbar, sofern die Regionen die ihnen zustehende Rolle innerhalb des europäischen Regierunggefüges erhalten. Da sie allein schon geographisch ihren Bürgern am nächsten stehen, können die Lokalpolitiker die Politik aktiv mitgestalten, sich als geeignetste Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Union erweisen. Sie müssen nicht nur die Rolle des Mittlers und Vermittlers spielen, sondern auch die Bürger – insbesondere die jüngeren – in die demokratischen Diskussionen einbeziehen. Liese Prokop, die Präsidentin der VRE, die eine dynamische Jugendförderpolitik innerhalb der Versammlung angestoßen hat (s. Rahmen), erinnerte diesbezüglich, dass „es entscheidend ist, dass die Jugend die Möglichkeit erhält, ihre eigene politische Zukunftsvision zu erarbeiten und an der Gestaltung der Welt von morgen mitzuwirken“. Ein umso wichtigeres Ziel, als es die Aufgabe der neuen Generationen sein wird, das europäische Aufbauwerk, das vor über fünfzig Jahren begonnen wurde, fortzuführen.

Die neue Verbindung zur Bevölkerung erfordert jedoch auch eine offene Kommunikation über

Europa, konkrete Antworten – nicht nur Werbebotschaften – auf ihre Sorgen; alles Andere vergrößert nur ihre Verunsicherung und Befürchtungen und treibt sie nur noch mehr den nationalistischen und Unabhängigkeit fordernden Parteien zu. „In einer offenen, von der Globalisierung bestimmten Welt, müssen die Bürger wissen, was die Zugehörigkeit zu Europa für ihre Zukunft bedeutet. Wir müssen unbedingt die Kommunikation verbessern, um die Demokratie zu stärken, unterstrich Jozef Olesky, Präsident des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten im polnischen Parlament und Mitglied des Konvents über die Zukunft Europas. Dies muss bereits auf der regionalen Ebene geschehen, die geeigneter für ein Engagement der Bürger ist als die nationale Ebene. So wird man die Bevölkerung wieder in die Politik einbinden können.“

Europa muss schließlich auch seine Unterschiede akzeptieren, getreu dem Motto „Einig in der Vielfalt“, und sich allen Bestrebungen einer Vereinheitlichung von oben widersetzen. Diesbezüglich rief Peter Straub zur Wachsamkeit auf: „Wir erleben heute die Liberalisierung der Dienstleistungen, für die das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) vielleicht das treffendste Beispiel ist. Im Unterschied zu Art. 133§5 des Vertrages von Nizza, schreibt der Art. III-217 des Verfassungsentwurfes nicht die Einstimmigkeit für die Liberalisierung mancher Dienstleistungen wie Kultur und Bildung vor. Das bedeutet, dass die qualifizierte Mehrheit ausreichen würde, um diese Dienstleistungen der europäischen Handelspolitik zuzuschlagen, worüber die Union die ausschließliche Kompetenz besitzt, und die Regionen, die bislang gesetzmäßige Befugnisse in diesen Bereichen besaßen, bekämen sie entzogen“. Eine solche Kompetenzverlagerung würde zweifellos dem europäischen Projekt, seiner Nachvollziehbarkeit und der Zustimmung durch die Bürger schaden. Wenn Europa eine Stärke hat, dann ist es seine Vielfalt, seine Fähigkeit, den Anderen zu verstehen, dank des kulturellen und intellektuellen Austauschs, und einen „multipolaren“ Ansatz in einer Welt zu haben, die zwar immer globalisierter wird, aber paradoxerweise auch immer zersplitterter.

Die Gewährleistung der lokalen Entwicklung

Ein entscheidender Erfolgsfaktor der Erweiterung wird auch die Fähigkeit sein, die neuen Gemeinschaftsgebiete (wieder) zu beleben, ohne die anderen verarmen zu lassen, und die gemeinschaftliche Solidarität zu fördern.

„Der Beitritt der Zehn zur Union ist eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung, meinte auch Irena Herbst, polnische Staatssekretärin für regionale Entwicklung. Die Entwicklung der Verkehrswege und der Infrastrukturen ist lebensnotwendig aber nicht ausreichend. Nur durch die Ausschöpfung des eigenen regionalen Potentials können wir die Entwicklung gewährleisten.“ Die Ausschöpfung des Potentials muss über eine Vereinfachung der Verwaltung der Strukturfonds und eine bessere Einbindung der Regionen in die Definition der Vergabekriterien und Fondsverwaltung gehen.

Denn, analysiert Stefan Mikolajczak, Präsident der Region Wielkopolska und Gastgeber der Generalstände der Regionen Europas, "es muss daran erinnert werden, dass die Regionen die wichtigste Ebene für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind. Nur wenn die Gebietskörperschaften wirtschaftlich dynamisch sind, können sie sich entwickeln, neue Investitionen anziehen und ihrer Bevölkerung neuen Wohlstand beschieren. Wer wäre also geeigneter als besagte regionale Gebietskörperschaften für die Verwaltung der Strukturfonds, die solche Fortschritte ermöglichen sollen".

Daneben setzt die Erweiterung auch eine Reform der Kohäsionspolitik voraus. "Der Erhalt der Daseinsvorsorge, bessere Zugangsmöglichkeiten für die entfernteren Regionen, die Förderung der Innovation sowie des Austauschs zwischen allen gesellschaftlichen Kräften – dem Privatsektor, den Hochschulen, Schulen, Vereinen und Verbänden – zur Förderung der Integration, das sind die Bereiche, denen die neue Kohäsionspolitik zugute kommen muss, damit den Erwartungen der Bürger sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten entsprochen wird" betonte Brian Greenslade, Präsident der Kommission für regionale Entwicklung der VRE. "Sie muss auch der interregiona-

len Zusammenarbeit mit den Regionen am äußersten Rand Europas einen neuen Impuls geben, z.B. in den neuen Nachbarländern des erweiterten Europas, deren ausgewogene Entwicklung von grundlegender Bedeutung für die Stabilität unseres Kontinents ist".

Die Mitgestaltung des Globalen durch die lokale Mobilisierung

Zur Herausforderung der Erweiterung kommt für Europa noch die der Globalisierung hinzu, ein Thema, das während der Generalstände der Regionen Europas ausführlich diskutiert wurde, da die regionalen Verantwortlichen wie auch die Bürger ihre Rat- und Hilflosigkeit angesichts der Entscheidungsprozesse der WTO oder des GATS-Abkommens zum Ausdruck gebracht haben. "Die Frage, die sich die Regionalpolitiker immer wieder stellen, ist zum Einen, wie die Gebietskörperschaften unabhängig von der Globalisierung agieren können, oder ob alle Gebiete zum Wettbewerb verurteilt sind, bemerkt Robert Collignon, Präsident des wallonischen Parlamentes. Vermutlich muss man sich auch fragen, ob die Geographie und die Geschichte in Schach gehalten werden können durch die heimatlosen Gesetze des Marktes. Es erscheint mir klar, dass man aus der lokalen Mobilisierung heraus das Globale

wieder wird mitgestalten können." Dieses Unterfangen erfordert zweifellos eine größere Entscheidungsfreiheit der Regionen, die einzig und allein in der Lage sind, die Vermittlerrolle zu übernehmen einerseits zwischen der Union und den Staaten – letzte politische Entscheidungsinstanzen, die auf der internationalen Wirtschaftsbühne noch einen Einfluss ausüben können – und, andererseits, den Bürgern, für die die Entscheidungen getroffen werden.

So bekommen die Regionen die Funktion von Brückenbauern. "Die Gestaltung der Globalisierung wird die unerlässliche Antwort auf die Zweifel bezüglich der Globalisierung sein", sagte jüngst noch Armatya Sen, Wirtschaftsnobelpreisträger. Denn darum geht es: den Mittelweg zu finden "zwischen zwei dualen und exklusiven Sichtweisen, die entweder in eine Verteufelung oder eine Lobpreisung der neuen Weltordnung münden, führt Robert Collignon fort, und fügt hinzu: Die Geschichte ist verhältnismäßig arm an Zeiträumen, in denen die menschlichen Gesellschaften die Kontrolle über die Wirtschaft verloren haben. Was den Kapitalismus anbelangt, so ist er am fruchtbarsten, wenn er von einem politischen Projekt begleitet wird. Diese Feststellung kann nur eine Einladung an den Erfindungsreichtum sowohl des sich aufbauenden Europas als auch der Regionen sein".

Die Einbeziehung der Jugend in die Politik

REDEN ALLEIN REICHT NICHT MEHR, MAHNT DIE JUGEND IMMER WIEDER. SIE WILL TATEN SEHEN, ÜBERZEUGT WERDEN. DIESER APPELL WURDE VON VIELEN REGIONEN EUROPAS GEHÖRT, DIE AM WETTBEWERB DER VRE FÜR DIE JUGENDFREUNDLICHSTE REGION TEILNAHMEN. DER GEWINNER: LANCASHIRE, WO DIE JUGEND DIE MACHT ERLERNT UND ERGREIFT.



Die Jugendlichen aus Lancashire feiern ihren Erfolg

Als jugendfreundlichste Region 2003 räumt Lancashire (Vereinigtes Königreich) ihrer neuen Generation einen hohen Stellenwert ein. Seit mehreren Jahren werden dort die Jugendlichen über ihren Jugendrat bei der Festlegung der Politik einbezogen. Sei es die Förderung des Erlernens von Fremdsprachen, Austauschprogramme, die Abfallverwertung, Fahrpreisermäßigungen für Jugendliche unter 16 Jahren, die Unterstützung der homosexuellen Jugendlichen, die Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren, in all diesen Bereichen hat Lancashire den Sachverstand der Jugendlichen zu nutzen gewusst. Ein weiterer Trumpf der Region: die größtmögliche Unterstützung der neuen Technologien, eine Kommunikationsform, die eine hohe Akzeptanz bei der Jugend genießt. Eine online-Bibliothek, die Videoübertragung der Sitzungen des County Councils über Internet, E-mail-Adressen für

alle Abgeordneten, die elektronische Vernetzung der jugendlichen Internetsurfer mit den lokalen Unternehmen, all dies sind Fortschritte in der Demokratie, dank der sinnvollen Nutzung der modernen Technologien, die die Jury der VRE überzeugt haben, bestehend aus der Präsidentin der VRE, Liese Prokop, dem Präsidenten der Kommission für Kultur, Bruno Hosp sowie dem Präsidenten der Unterkommission Jugend, Jörgen Hedberg.

Mehr Raum für Erfindungsreichtum

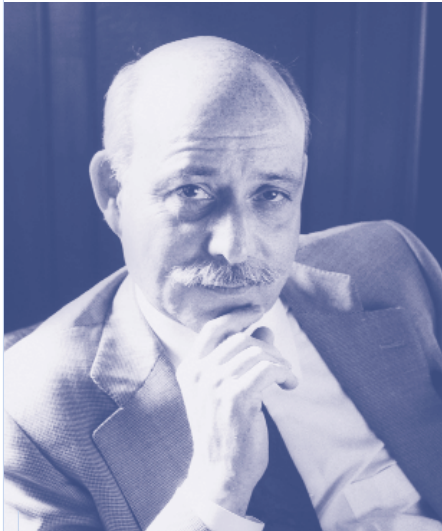
Diese Kreativität müssen Europa und die Gebietskörperschaften entwickeln, wollen sie die Herausforderungen der Globalisierung annehmen. Laut einer Studie vom 17. März dieses Jahres, die von einem amerikanischen Beratungsbüro durchgeführt wurde, werden bis 2010 etwa 25% der Arbeitsplätze in den Technologiebranchen der Industriestaaten in die aufstrebenden Märkte, darunter Indien und China, verlagert werden. Bereits nächstes Jahr werden vermutlich 30% der wichtigsten europäischen Unternehmen dieser Branche Standorte im Ausland haben, sagen die Berater. Dies bedeutet Arbeitsplatzverlagerungen, die nicht den europäischen Bürgern zugute kommen werden. Nimmt man die Liberalisierung der Dienstleistungen des allgemeinen Interesses noch hinzu, die in Europa auf dem Vormarsch ist, dann könnte die Union ein wirtschaftliches Erdbeben erleben, wenn die Regionen nicht die Möglichkeit bekommen, ihre sozio-ökonomische Dynamik zu erhalten oder zu entwickeln und ihren Sachverstand in die Gemeinschaft einzubringen, um die Welt von morgen noch mitzubestimmen.

Die Globalisierung zu 25 zu gestalten wird nicht weniger schwierig sein, als zu 15; aber es ist immer noch besser, als sie passiv zu erdulden. Vor allem wenn die Regionen, die einzigen politischen Strukturen mit einer präzisen Kenntnis der realen Verhältnisse vor Ort, daran beteiligt sind und gemeinsam die Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen suchen, u.a. die demographische Herausforderung, das Überleben der Daseinsvorsorge oder auch die Herausforderung der Energiewirtschaft (siehe Gespräch mit Jeremy Rifkin). <

Jeremy Rifkin: "Übernehmen Sie die Herrschaft über die Energie"

DER AMERIKANISCHE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER UND PRÄSIDENT DER "FOUNDATION ON ECONOMIC TRENDS" EHRTE DIE GENERALSTÄNDE DER REGIONEN EUROPAS IN POZNAN DURCH SEINE ANWESENHEIT. ER VERKÜNDET EINE NIE DA GEWESENE ENERGIEREVOLUTION, DEREN GROBE NUTZNIEBER DIE REGIONEN SEIN KÖNNTEN.

Foto: Foundation on Economic Trends



Jeremy Rifkin, Präsident der "Foundation on Economic Trends"

Wie sieht die von Ihnen vorhergesehene Energierevolution aus?

Es handelt sich um die Revolution des Wasserstoffs und der Brennstoffzelle. Beide werden zur neuen Grundlage unseres Lebens werden. Die Brennstoffzelle wird uns praktisch so viel Macht wie unser Computer geben. Wenn Sie sich mit ihrem PC ins Internet einloggen, erzeugen Sie ihre eigene Information, die Sie mit Millionen anderen Nutzern teilen. Genauso erzeugen Sie mit der Brennstoffzelle, die Wasserstoff verbraucht, ihre eigene Energie, die Sie mit anderen Menschen teilen können. Heute entsteht ein Energiweb, genauso wie ein Datenweb entstanden ist.

Ist das nicht eher Science Fiction als Wirklichkeit?

Keinesfalls. Die Revolution hat bereits begonnen. Im Laufe der nächsten zwei Jahre werden Sie sehen, dass Japan Brennstoffzellen und Wasserstoff in ungeahnten Mengen produzieren wird. Anderes Beispiel: Kalifornien. Dort wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach ab 2009 alle

neu verkauften Autos mit Brennstoffzelle laufen müssen. Ich wette mit Ihnen, dass es in wenigen Jahren weltweit genauso viele Brennstoffzellen geben wird wie heute Computer.

Das würde die traditionellen Versorgungsnetze zerschlagen. Braucht die Wasserstoffproduktion nicht die Rohstoffe, die nur die Konsortien besitzen?

Nein. Aber das möchte Sie George W. Bush glauben lassen. Er hofft, dass Sie von seinem Erdöl abhängig bleiben, von seinem Erdgas, von seiner Kernenergie. Er möchte schwarzen Wasserstoff produzieren. Aber niemand in den USA denkt daran, grünen, leichter zugänglichen Wasserstoff herzustellen, ausgehend von erneuerbaren Energien wie Solarenergie, Wasserkraft, Erdwärme, Biogas. Und hier können Europa und seine Regionen einen Trumpf auspielen, indem sie den Energiesektor wieder übernehmen und einen tiefgreifenden Wandel in unseren Gesellschaften fördern. Sie müssen in die Produktion von umweltfreundlichem Wasserstoff investieren.

Dabei gibt es ein beachtliches finanzielles Hindernis...

Natürlich kostet es Geld, die erneuerbaren Energien zu fördern, aber es genügt, verfügbare Mittel umzuschichten. Langfristig werden die Investitionen sowieso Gewinne bringen, durch die erreichte Selbstversorgung und die geringere Abhängigkeit von Energielieferanten.

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten betonen Sie, dass diese Energierevolution auch einzigartige sozio-politische Auswirkungen haben wird. Dass alles anders wird. Was meinen Sie damit?

Die Fähigkeit, seine eigene Energie zu erzeugen, bedeutet die Dezentralisierung der staatsübergreifenden politischen Organisationen. Die Energie wird nicht mehr von oben nach unten verkauft, wie im Zeitalter des Erdöls, sondern von unten nach oben. Es wird eine lokale und regionale Energie sein, mit allem, was dies an Kompetenzverlagerung beinhaltet.

Heißt das, dass die Dezentralisierung der Energie die Demokratie stärken würde?

Diese neue Energie wird regional und lokal sein. Wenn, wie ich glaube, die Brennstoffzelle zu einer gesellschaftlichen Massenware wird, bedeutet es das Ende der Energiemonopole. Natürlich werden die derzeitigen Energiegroßkonzerne weiterhin Brennstoffzellen herstellen können. Aber die Regionen und der einzelne Mensch auch. Das ist grundlegend wichtig, denn wir wünschen uns heute zwar die politische Demokratie, leben aber wir im glatten Widerspruch, da wir in einem System gefangen sind, in dem die Energie nur von Kohle, Gas und Erdöl abhängt. Diese Rohstoffe befinden sich alle in der Hand einer kleinen Elite. Darin liegt der Widerspruch. Er besteht darin, dass man versucht, eine politische Demokratie zu leben und auf der anderen Seite eine Zentralisierung und totale Kontrolle von oben nach unten hat. Die Demokratie ist politisch etwas Schönes, aber sie wird nur funktionieren, wenn Sie die Herrschaft über die Energie übernehmen. <

Alle Leser dieses Themendossiers sind eingeladen, den VRE-Website zu besuchen (<http://www.a-e-r.org>) für weitere Informationen.



AER - ARE - VRE Dossier
Das erweiterte Europa
Frühjahr 2004

Themenspezifisches Dossier der Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Direktor - Klaus Klipp

Chefredakteur - Barbara Skoczylas-Thauront

Redaktioneller Berater - Dr. Franz J. Stummann

Redaktion - Christophe Nonnenmacher

Redaktionssekretariat - Francine Huhardeaux

Übersetzungen - Ursula Gerstenmaier (GB & D)

Konzeption und Layout - Agence Contexte - Strasbourg (F)

Druck - OTT - rue Pins - 67310 Wasselonne (F)

Auflage (in drei Sprachen): 4 500 ex.

Wiedergabe nur mit Quellenangabe

Mai 2004

VRE - Generalsekretariat - Bureaux Europe - 20, Place des Halles
F-67000 Strasbourg - www.a-e-r.org - Tel.: +33 3 88 22 07 07
Fax: +33 3 88 75 67 19 - E-mail: infopresse@a-e-r.org

Die einstimmig bei den 6. Generalständen der Regionen Europas verabschiedete Erklärung von Wielkopolska sowie die von der Hauptversammlung der VRE verabschiedeten Resolutionen zum Verfassungsentwurf, der Wahrung der kulturellen Vielfalt, der Zukunft der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa, der neuen Kohäsionspolitik, zu verbraucherfreundlichen Verkehr und Landwirtschaft, sind auf der Webseite der VRE abrufbar:

<http://www.a-e-r.org/COMMUN/A22-AG2003.html>